



HESSISCHER LANDTAG

28.04.2003

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz
über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen
für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und zur
Änderung anderer Rechtsvorschriften in der Fassung der
2. Lesung vom 21.11.2002**

Drucksache 15/4618 zu Drucksache 15/4218

- Einzelplan 06 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 06 04 Steuerverwaltung
Zu Titel 124 01 Mieten und Pachten

Der Ansatz in Höhe von 177.000 € wird um
277.900 € auf 454.900 € erhöht.

Die Erläuterungen werden wie folgt ergänzt:

Mehr wegen Vermietung von zwei Etagen des
Dienstgebäudes der Oberfinanzdirektion Frank-
furt am Main, Adickesallee 32 – 34.

Zu Titel 821 01 Grunderwerb

Der Ansatz in Höhe von 0 € wird um 2.400.000
€ auf 2.400.000 € erhöht.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung mit
einer Gesamtverpflichtung in Höhe von
9.512.000 EUR wie folgt veranschlagt:

Haushaltsjahr	EUR
2004	1.185.000
2005	1.150.000
2006	1.111.000
2007 ff	6.066.100
Gesamtverpflichtung	9.512.100

Erläuterung:

Erwerb des Bundesanteils am Dienstgebäude der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main, Adickesallee 32 -34

Begründung:

Eigentümer des Dienstgebäudes der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (OFD) in der Adickesallee 32-34 sind der Bund und das Land Hessen jeweils zu Hälfte. Der Bund beabsichtigt, die Nutzung der Liegenschaft durch die Bundesfinanzverwaltung aufzugeben und hat dem Land Hessen angeboten, den Bundesanteil kurzfristig zu kaufen. Durch diesen Erwerb soll die unzureichende Raumsituation der OFD erheblich verbessert und vor allem deren zentralisierte Unterbringung mit den zur Zeit außerhalb des Hauptgebäudes befindlichen Außenstellen an einem Standort ermöglicht werden. Bei einer Betrachtung der Mietaufwendungen, die aufgrund des aktuell bestehenden Raumbedarfs weiterhin und zusätzlich entstehen, wenn der Kauf nicht erfolgt, sowie den erzielbaren Mieteinnahmen in Höhe von 277.900 € für die Rückvermietung an den Bund ist der Erwerb für das Land wirtschaftlich. Bei einem Verzicht auf den Erwerb würde zudem - vermutlich endgültig - die Chance vertan, den Standort Adickesallee mit der sehr günstigen Verkehrsanbindung, dem großzügigen Parkplatz und der zentralen Lage für die Finanzverwaltung zu sichern.

Wiesbaden, 28. November 2002

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Norbert Kartmann

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Jörg-Uwe Hahn